

SCHWARZI

Streik als Kampfmittel – Wie SUDD Cobas die Fabriken zum Stillstand bringt

Seite 5



Die FAU – was ist das?

Eine Gewerkschaft: Weil diese Organisationsformen sowohl den ökonomischen, politischen, sozialen, und bis zu einem gewissen Grad auch den kulturellen Bereich des Lebens abdeckt. Weil sie direkt durch die Lohnabhängigen entsteht und deren Interessen vertritt.

Kämpferisch: Weil die Interessen der Arbeiter*innen denjenigen der Kapitalist*innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch Kämpfe der Basis erreicht wurden.

Selbstbestimmt: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktönnär*innen. Weil Hierarchien im Widerspruch zu unserer Vorstellung einer freien Gesellschaft stehen.

Solidarisch: Weil einzig gegenseitige Hilfe und branchenübergreifende Aktionen uns die Durchschlagskraft geben, um tiefgreifende Veränderungen zu bewerkstelligen.

Antikapitalistisch: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollten wir für unsere Bedürfnisse produzieren und nicht für den Profit von einigen Wenigen. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus für eine solidarische, horizontale und freie Gesellschaft einstehten muss.

Impressum

Schwarzi Chatz – Zeitung der Freien Arbeiter:innen Union in der Schweiz

Nr. 74, Herbst 2025, 17. Jahrgang

Kontakt: zeitung@faunion.ch; FAU Schweiz, Postfach 2368, 3001 Bern • *Druck:* Druckkollektiv Phönix, Basel • *Auflage:* 720 Exemplare • *Bildnachweis:* SUDD Cobas: Cover, S. 2, 5–7; FAU Biel/Bienne: S. 2, 20, 22; Tilo Steireif / Edition Haus am Gern: S. 2; Yan Boechat / VOA / Wikimedia Commons: S. 2, 14–16; FAJ Bern: S. 9; Jana Leu / Feministisches Streikkollektiv Bern: S. 9–11; Joerg Boethling / Alamy: S. 13; TUBS / Wikimedia Commons: S. 17

INHALT

Editorial	3	Tigray – von der Welt ignoriert	13
		Texte aus dem Schreibatelier	18
		Betriebsarbeit im TOBS	20
Kurznachrichten	4		
Streiks in Prato	5	Des champs libérés	22
Feministischer Streik 2025	8		
Salaire minimum légal	12	Klassenkampf im Klassenzimmer	24



EDITORIAL

Rudolf Rocker (1873–1958), einflussreicher Anarcho-Syndikalist, schreibt in der Prinzipienerklärung (1919) auf die sich die FAU ebenfalls stützt: «Die SyndikalistInnen erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer.» Und formulierte die Losung: «Organisation der Betriebe und Werkstätten durch die Betriebsräte; Organisation der allgemeinen Produktion durch die industriellen und landwirtschaftlichen Verbände; Organisation des Konsums durch die Arbeiterbörsen.» Gerade sind zwei illustrierte Bände über das reichhaltige Leben und Wirken von Rocker in dem kleinen Bieler Verlag «Edition Haus am Gern» erschienen.* Die Erfahrungen und Erkenntnisse sind angesichts der multiplen Krisen noch heute brandaktuell und können uns Inspiration sein.

Rudolf Rocker (1873–1958), anarcho-syndicaliste influent, écrit dans la déclaration de principes (1919) sur laquelle s'appuie également la FAU : « Les syndicalistes aspirent à la socialisation de la terre, des outils de travail, des matières premières et de toutes les richesses sociales. » Et il formule le slogan suivant : « Organisation des entreprises et des ateliers par les comités d'entreprise ; organisation de la production générale par les associations industrielles et agricoles ; organisation de la consommation par les bourses du travail. » Deux volumes illustrés sur la vie et l'œuvre riches de Rocker viennent de paraître aux éditions « Edition Haus am Gern », une petite maison d'édition de Bienne.* Au vu des crises multiples que nous traversons actuellement, ses expériences et ses connaissances sont toujours d'actualité et peuvent nous inspirer.

* «Carnets Noircis», 256 Seiten pro Band / 256 pages par volume, CHF 50.–, ISBN 978-3-907350-25-6 / 28-7, Vernissage: 19. November 2025, 18–21 Uhr, artilac, Unterer Quai 28, Biel / 19 novembre 2025, 18–21 h, artilac, Quai du bas 28, Bienne

«6 de La Suiza» warten auf Begnadigung

Die «6 de La Suiza», die sechs Genossinnen und ein Genosse der Gewerkschaft CNT, welche zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurden, weil sie vor der Bäckerei *Suiza* mit Flugblättern, einem Transpi und mit Megafon gegen sexuelle Belästigung friedlich demonstriert hatten, warten nun auf die von der spanischen Regierung versprochene Begnadigung. Nach landesweiten und internationalen Protesten versprach die gegen Gewerkschaften repressionsfreudige sozialistische Regierung die Begnadigung der sieben Angeklagten. Bis dahin können die Verurteilten nach acht Tagen Haft in den offenen Strafvollzug wechseln, in dessen Rahmen sie nur die Nacht im Gefängnis verbringen müssen. Es wird erwartet, dass die Proteste und Mobilisierungen bis zur erfolgten Begnadigung, für welche noch kein Datum festgelegt wurde, weitergehen werden. «Wir werden jeden Tag mehr, wir halten zusammen und wir werden keinen Millimeter von unserer Position abweichen, bis unsere Frauen nach Hause zurückkehren können», heisst es seitens der CNT und Sumar – einer der Organisationen, die sich für die Begnadigung im Fürstentum und bei der spanischen Regierung einsetzen. Sie fügen hinzu: «Dies ist ein erster Schritt, aber wir brauchen die Begnadigung.»

Virales Video über Missstände bei Erntehelfer*innen der FAU Winterthur

Ein Instagram-Video der FAU Winterthur schoss im Juli den Apfel ab und erreichte eine beachtliche Reichweite: Mehrere Tageszeitungen nahmen darauf Bezug um die schlechten Arbeitsbedingungen von Erntehelfer*innen in Mostindien anzusprechen. Neben grober Ungerechtigkeit sprachen die beiden Obstpflücker*innen im Video auch von Rassismus gegenüber osteuropäischen Erntehelfer*innen.

Das Video der Genoss*innen von Winti wurde über 200 000 Mal gesehen und in mehreren Mainstreammedien wie auch im Radio erwähnt. Gar ein HSG-Professor nahm zum Arbeitskampf öffentlich Stellung und belehrte die betroffenen Betriebe in Sachen Arbeitsrecht. Selbst die UNIA hat das Thema aufgegriffen und einen Gesamtarbeitsvertrag in der Landwirtschaft für die ganze Schweiz gefordert – den gibt es nämlich bis heute nicht.

Streiks an portugiesischen Flughäfen

In Portugal streikt das Bodenpersonal der Flughäfen: Für einen möglichst grossen Effekt wurden die Sommerferien für Warnstreiks an den grösseren Flughäfen wie Lisabon, Porto, Faro, Funchal und Porto Santo auf Madeira gewählt, Passagier*innen warteten stundenlang, konnten trotzdem nicht immer abreisen, Koffer bleiben liegen und Reisende verliesen frustriert die Flughäfen. Allein in Lisabon fielen nach Gewerkschaftsangaben 130 Flüge aus. Im Fokus der Aktion steht dabei vor allem ein Unternehmen: Das britische Unternehmen Menzies, ein weltweit tätiges Monster der Flughafenlogistik. Es ist in 65 Ländern auf rund 300 Flughäfen tätig und beschäftigt 65 000 Angestellte. Gleich zwei portugiesische Gewerkschaften, die Gewerkschaft Metall und das Transportsyndikat ST, kritisieren die schlechten Arbeitsbedingungen, die schlechten Gehälter und unbezahlte Nachteinsätze.

Berlin und Hamburg: Brauerei- und Lieferando-Streiks

In Berlin kommt es durch die Arbeiter*innen der Berliner-Kindl-Schultheiss-Brauerei in Berlin-Lichtenberg zu einem eintägigen Warnstreik. Bekanntheit erlangt der Streik, weil die Hauptstadt eine Bierknappheit zum Vaterstag befürchtet. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat da ziemliche Asse im Ärmel.

In Hamburg streiken Essenskuriere für faire Verträge. Über 100 Fahrer*innen des Lieferdienstes Lieferando – in der Schweiz unter dem Namen Just Eat bekannt – legten aus Protest gegen schlechte Arbeitsbedingungen ihre Arbeit nieder. Auch Kuriere von Uber Eats, Smood und eben Just Eat in der Schweiz meldeten in der Vergangenheit Missstände. Teilweise sehr niedriger Lohn, variierende Boni, gefährliche Bedingungen auf der Strasse, Abhängigkeit bei den Aufträgen: Die Probleme der Essenskuriere*innen seien vielfältig, so ein Artikel auf SRF DRS. Um die Probleme zu lösen, brauche es weiterhin gewerkschaftliche Arbeit, die faire Arbeitsverträge für die Branche aushandeln müsse, und einen Austausch unter den Beschäftigten selbst. Sie würden sich nicht kennen und könnten sich kaum über Probleme austauschen. Es bedürfe einer Art Betriebsräte, findet Palacios, Doktorand, der sich mit der Situation der Velokurier*innen beschäftigt, sodass die vielen tausend Essenslieferant*innen in der Schweiz selbst effektiver auf die Missstände aufmerksam machen könnten.

Genua: Verladung von Kriegsmaterial verhindert

Mit einer Streikdrohung haben Hafenarbeiter*innen in Genua die Verladung von Kriegsmaterial für Israel verhindert. Unter dem Motto «Wir arbeiten nicht für Krieg» hatten die Basisgewerkschaft USB zusammen mit der Hafen-Gewerkschaft Calp für den heutigen Dienstag zu einem 24-stündigen Streik am Terminal Genova Pra' aufgerufen. Die Aktion richtete sich gegen den Frachter Cosco Pisce, der in drei Containern für Israel bestimmtes Kriegsmaterial geladen hat. Die Reederei Evergreen reagierte und schickte die betreffenden Container zurück nach Asien. In ihrem Statement erklärte die Basisgewerkschaft USB, das Netzwerk von Hafenarbeiter*innen in Europa und über das Mittelmeer hinweg habe gezeigt, dass es «möglich, legitim und notwendig» sei, die Kriegslogistik zu unterbrechen. Bei der Aktion gegen die Cosco Pisce war dieses Netzwerk entscheidend, um Informationen weiterzutragen. Zuvor hatten bereits Hafenarbeiter*innen der Gewerkschaft PAME im griechischen Hafen Piräus die Verladung militärischer Güter an Bord des Frachters unterbunden.

Organisierung am Las Vegas Strip

Alle grossen Casinos am Las Vegas Strip sind nun gewerkschaftlich organisiert. Die historischen Vereinbarungen, die Ende letzten Jahres abgeschlossen wurden, markieren einen wichtigen Wendepunkt: Zum ersten Mal in der 90-jährigen Geschichte der Culinary Union sind alle grossen Casinos am Strip gewerkschaftlich organisiert. Mit 60 000 Mitgliedern, von denen die meisten in Las Vegas ansässig sind, ist sie die grösste Gewerkschaft in Nevada. Expert*innen sagen, dass der Erfolg der Culinary Union eine bemerkenswerte Ausnahme in einer nationalen Landschaft ist, in der die Gewerkschaftsmitgliedschaft insgesamt rückläufig ist. Diese Zuwächse kommen zu einer Zeit, in der die Gewerkschaftsmitgliedschaft auf nationaler Ebene einen historischen Tiefstand erreicht hat, und trotz der jahrelangen Bemühungen der Republikaner, die Macht der Gewerkschaften einzuschränken. Doch gerade durch die Politik der Republikaner*innen werden Gewerkschaften wieder erstarken, da steigende Preise, wegfallende Krankenversicherung und soziale Sicherheiten genau die Themen kämpfender Gewerkschaften sind.

STREIKS IN PRATO



Im Juni 2025 hatten wir die Möglichkeit, die Genoss*innen von SUDD Cobas, einer Basisgewerkschaft aus Florenz, für ein paar Tage zu besuchen. In dieser Zeit starteten sie eine neue Streikkampagne, bei welcher sie gleichzeitig in zehn Fabriken streikten. Durch viele verschiedene Gespräche konnten wir einiges lernen und bekamen durch die Streiks einen guten Einblick in ihre Taktiken.

Text und Interview: Lukas und Noah (FAJ Basel)

Im Anschluss an unseren Besuch entstand dieses Interview, welches wir mit Francesca von SUDD Cobas führen konnten und auf Deutsch übersetzten. Das Interview gibt einen kleinen Einblick in ihre Arbeit, Strategien und ihre Strukturen. An dieser Stelle möchten wir uns nochmals herzlich bei den Genoss*innen für ihre Gastfreundschaft, Offenheit und die vielen Gespräche bedanken!

Was ist SUDD Cobas? Was macht ihr?

Francesca: Die Abkürzung SUDD steht für «Sindacato Unione Democrazia Dignità» (Gewerkschaft für Einheit, Demokratie und Würde), während «cobas» für «comitati di base» steht, also Basiskomitee: Das bedeutet, dass es sich um eine Gewerkschaft handelt, die auf Basisdemokratie und der Selbstorganisation der Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz basiert. Einheit ist unser Ziel, aber auch unser Gründungsprinzip und das wichtigste Mittel, mit dem wir uns gemeinsam organisieren, um unsere autonomen Interessen zu fördern. Einheit ist die Alternative zu Individualismus, Wettbewerb und Egoismus. Im Kampf gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung aller Art fördern wir die Entwicklung gemeinschaftlicher sozialer Beziehungen, die auf Solidarität, gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit basieren. Wir sind in verschiedenen Sektoren organisiert (Industrie, Logistik, Dienstleistungssektor, Gastronomie usw.) und hauptsächlich in dem Gebiet zwischen Florenz und Prato ansässig, dem grössten Textil- und Modezentrum Eu-

ropas. Wir experimentieren aber auch mit gewerkschaftlichen Methoden, um alle Probleme in unserem Leben anzugehen: geschlechtsspezifische Gewalt, Schwierigkeiten mit Dokumenten und Aufenthaltsgenehmigungen, die Wohnungsnot, die Verweigerung des Rechts auf Gesundheit usw. Am Arbeitsplatz ist unsere grundlegende Methode die permanente Blockade: Wir stellen Streikposten vor den Fabrikatoren auf, um den Warenverkehr zu stoppen und durch einen wirksamen Streik Verhandlungen mit dem Unternehmen zu eröffnen. Diese permanenten Blockaden sind auch ein wichtiger Raum für den Aufbau von Gemeinschaft, Solidarität und für die Umwandlung unserer Beziehungen in einen Prozess des kollektiven Wachstums.

Warum habt ihr die 8×5-Kampagne ins Leben gerufen? Worum geht es dabei genau?

8×5 ist eine einfache, aber in ihrer eigenen kleinen Weise «revolutionäre» Plattform in vielen Sektoren und Branchen: Sie bedeutet das Recht auf eine 8-Stunden-Arbeitszeit an 5 Tagen pro Woche unter Anwendung nationaler Tarifverträge und damit aller durch das Arbeitsrecht vorgesehenen Rechte (bezahlter Krankenstand, Urlaub usw.). Sie wurde 2019 nach einer Reihe von Streiks in der Modebranche ins Leben gerufen: Die Arbeiter*innen (allesamt Migrant*innen aus Ostasien) hatten alle das gleiche Problem, nämlich dass sie gezwungen waren, 7 Tage die Woche 12-Stunden-Schichten ohne jegliche Rechte zu arbeiten, oft mit gefälschten Teilzeitverträgen oder sogar ganz ohne Vertrag.

Diese sklavenähnlichen Bedingungen sind in der Modebranche die Norm, sei es in der Fast-Fashion- oder in der Luxus-Lieferkette. Aber wir haben sie auch in vielen anderen Branchen und Bezirken gefunden, zum Beispiel in der Polsterindustrie in der Region Forlì oder in der Region Quarrata, in einigen Logistikunternehmen, in All-you-can-eat-Sushi-Restaurants etc. 8×5 ist daher viel mehr als ein Kampf für einen fairen Vertrag und humane Arbeitszeiten: Es ist der Kampf um mehr Zeit in unserem Leben durch die Halbierung der Arbeitszeit bei gleichem oder in vielen Fällen sogar höherem Lohn, und damit der Kampf für ein besseres Leben, in dem Arbeit nicht alles ist, sondern in dem wir Zeit haben, das Leben in der Region, in der wir arbeiten, zu geniessen, Zeit für die Gemeinschaft, für unsere Lieben, für Freizeit, für Weiterbildung, für die Unterstützung anderer Arbeiter*innen und für demokratische Teilhabe.

Wie haben sich die Streiks in den letzten Monaten verändert und warum haben sie sich verändert?

In den letzten Monaten haben wir ein neues Organisationsmodell eingeführt: die Streiktage. An diesen Tagen streiken wir in mehreren Unternehmen, die auf territorialer Basis organisiert sind, gleichzeitig. Oft handelt es sich dabei um Unternehmen mit wenigen Beschäftigten, da der Produktionsprozess in der Modebranche in viele kleine Schritte unterteilt und fragmentiert wurde, wodurch Unternehmen mit 2 bis 10 Beschäftigten entstanden sind, in denen es aufgrund der geringen Mitarbeiterzahl offenbar

schwierig ist, zu streiken. Deshalb haben wir dieses Modell entwickelt: Die Stadt wird in Zonen eingeteilt, basierend auf den Fabriken, aus denen uns Arbeiter*innen kontaktiert haben; in jeder Zone beginnen wir mit einer festgelegten Zahl an Streiks. Wenn einer endet, beginnt sofort ein weiterer in derselben Zone. Dabei sind die Unterstützung und Solidarität anderer gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer*innen, die in Unternehmen derselben Zone beschäftigt sind, von grundlegender Bedeutung, da sie diese Streikzyklen mit logistischer Hilfe, Essen und Wasser, aber auch mit Nacht- oder Tagesschichten unterstützen.

Wie erreicht ihr die Arbeiter*innen in den Fabriken und warum organisieren sie sich bei SUDD Cobas?

Wir müssen die Arbeiter*innen tatsächlich gar nicht suchen: Die Nachfrage nach Gewerkschaftsbildung und Streiks ist viel grösser als das Angebot, das die Gewerkschaft leider oft bereitstellen kann (aber wir arbeiten daran!). Die Nachricht über die Möglichkeit einer Alternative zur Ausbeutung verbreitet sich schnell unter Freund*innen, Verwandten, Mitbewohner*innen und Kolleg*innen, sodass die Zahl der Menschen, die sich an die Gewerkschaft wenden, exponentiell wächst. Anders ist die Lage für die chinesischen Arbeiter*innen: Obwohl sie in den Fabriken des Bezirks Prato die grösste Beschäftigtengruppe stellen, haben sie sich bislang nie der Gewerkschaft angeschlossen. Sie sind jedoch auch am anfälligsten für Erpressung, da ihre Chefs oft derselben Nationalität sind, sie in Häusern leben, die ihren Chefs gehören, ihre Dokumente beschlagnahmt werden und ihnen andere ähnliche Dinge widerfahren. In den letzten Monaten haben wir versucht, sie durch verschiedene Kommunikationswege zu erreichen, um sie einzuladen, sich dem Kampf und der Gewerkschaft anzuschliessen. Wir hoffen, dass wir Schritt für Schritt Erfolg haben werden, was für uns wirklich ein strategischer Schritt ist.

Wie schafft ihr es, Arbeiter*innen aus verschiedenen Fabriken für einen Streik zu mobilisieren?

Eines der Grundprinzipien unserer Gewerkschaft lautet: «Wenn du eine*n angreifst, greifst du alle an.» Als ihr gestreikt habt, haben andere Arbeiter*innen eure Streikpostenkette unterstützt, um euch gegen die Räumungen durch die Polizei zu wehren, euch während der Nachtschichten zu helfen und euch mit Essen und Wasser zu versorgen. Wenn ihr also gewonnen habt und wisst, dass ihr das alleine nicht geschafft hättet, werdet ihr dazu geneigt sein, dasselbe für neue Arbeiter*innen zu tun, die streiken wollen. Das ist ein positiver Kreislauf der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, in dem ihr sicher sein könnt, dass selbst wenn ihr in Zukunft scheitern solltet, viele Menschen bereit sein werden, euch zu unterstützen, und ihr dasselbe für andere tun werdet.



Gibt es Gefahren für die streikenden/ kämpfenden Arbeiter*innen und wie verteidigt ihr euch dagegen? Habt ihr eine Strategie gegen die Repression durch die Bosse?

Im Laufe der Jahre haben Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen verschiedene Angriffe erlitten, sowohl direkt durch die Bosse oder Vorarbeiter*innen als auch durch von ihnen beauftragte Personen. Unsere grösste Selbstverteidigung ist Solidarität und Einheit. Aber auch Entschlossenheit: Zu sehen, dass diese Angriffe den Streik nicht aufhalten können, bricht die Bosse psychologisch. Natürlich hatten wir schon mehrfach Angst: Es geht nicht darum, zu leugnen, dass wir angesichts der Angriffe Angst haben, sondern darum, dieser Angst gemeinsam zu begegnen, unsere Kräfte zu bündeln und den Kampf fortzusetzen. In einer Textillogistikfabrik beispielsweise wurden Arbeiter*innen nachts auf dem Heimweg von Personen angegriffen, die vom Vorarbeiter geschickt worden waren, um sie von der gewerkschaftlichen Organisation abzuhalten. Drei Monate lang organisierten wir Nachtschichten, um sie zu begleiten: Wir holten die Arbeiter*innen um 3 Uhr morgens mit Autos vor dem Lagerhaus ab und brachten sie nach Hause. Dies war möglich, weil nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch die lokale Gemeinschaft einbezogen wurde: Neben anderen Arbeiter*innen nahmen auch Schüler*innen, Studierende und unterstützende Bürger*innen an den Schichten teil. Wir haben auch viele Male Gewalt von der Polizei erfahren, die gekommen ist, um die Streikpostenkette aufzulösen. Aber selbst dort ist die beste Reaktion, zu den Toren zurückzukehren und

den Streik fortzusetzen. Eine Minute länger Widerstand zu leisten als sie. Wir wurden auch schon oft angezeigt, aber wir haben ein sehr kompetentes Anwaltsteam, das uns vor Gericht effektiv verteidigt.

Gibt es einen Grund, warum ihr euch auf einen bestimmten Sektor spezialisiert habt, oder hat sich das einfach so ergeben? Welche Erfahrungen habt ihr in bestimmten Sektoren gemacht? Sind Arbeiter*innen in bestimmten Sektoren eher bereit, zu kämpfen?

Wir engagieren uns in Branchen, in denen ein Bedarf an Gewerkschaftsbildung und Organisation besteht: Die Arbeiter*innen kommen zu uns, nicht umgekehrt. Natürlich gibt es strategische Branchen, deren Erschliessung wir für wichtig halten. Daher haben wir diesen Bereichen besondere Aufmerksamkeit gewidmet: Produktionszentren, die für die Regionen von zentraler Bedeutung sind (wie die Modebranche zwischen Prato und Florenz), Branchen, in denen weibliche Arbeiterinnen beschäftigt sind, und so weiter. Die Lehre, die wir aus dieser Erfahrung ziehen, ist, dass es tatsächlich möglich ist, auch diejenigen gewerkschaftlich zu organisieren, die als am wenigsten gewerkschaftsfähig galten: Der entscheidende Punkt ist, sich für den Organisationsbedarf zur Verfügung zu stellen, Werkzeuge (wie Sprach- oder IT-Kenntnisse ...) anzubieten, immer an der Seite der Menschen zu stehen und bereit zu sein, gemeinsam bis zum Ende zu kämpfen, sowie Vertrauensbeziehungen und kollektives Wachstum aufzubauen. Wir kämpfen nicht «für», sondern «mit» den Arbeiter*innen. ■



FEMINISTISCHER STREIK 2025

Alleine in Bern gingen am diesjährigen feministischen Streik am 14. Juni 35 000 FINTA (Frauen, intergeschlechtliche, nonbinäre, Trans- und agender) Personen und solidarische Männer auf die Strasse. Auch die FAU und FAJ Bern waren mit einem lautstarken Block und einem Infostand auf dem Bundesplatz dabei. Doch Bern war nur eine der 25 Städten, in denen an diesem Tag demonstriert wurde. Insgesamt nahmen sich 150 000 Menschen in der Schweiz die Strassen, um ihre Wut, Trauer und Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

Text: Isa (Schwarzi Chatz)

BERICHT AUS BERN

Die bis heute anhaltenden Missstände betreffen jeden Lebensbereich und dementsprechend vielfältig waren auch die Forderungen des feministischen Streiks. Es ging um Lohngleichheit, einen selbstbestimmten Umgang mit reproduktiven Rechten, eine angemessene Wertschätzung bis anhin vorwiegend unbezahlter Care-Arbeit, gesellschaftliche Vielfalt und Inklusion und gegen die stetig zunehmende geschlechtsspezifische Gewalt. Besonders eindrücklich war die Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer von Femiziden: Zum Zeitpunkt der Demonstration handelte es sich um 15 bekannte Fälle, beim Schreiben dieses Artikels stieg die Zahl bereits auf 22 an. Dazu kommen 9 versuchte Femizide. Fast jede Woche versucht ein Mann, seine Schwester, Mutter, Partnerin oder Tochter zu töten.

In Zeiten zunehmender geschlechtsspezifischer Gewalt, antifeministischer und misogynen Ressentiments und einer zunehmenden Bedrohung der bisher erkämpften Rechte von FINTA-Personen durch konservative politische Kräfte ist es umso wichtiger, zu zeigen, dass wir gemeinsam vorwärts gehen und uns keinen Schritt zurückdrängen lassen.

Die Schwarzi Chatz hat auf dem Bundesplatz einige FINTA-Personen gefragt, wieso sie an diesem Tag auf die Strasse gegangen sind und welche Eindrücke sie davon mitgenommen haben:



«Ich finde es sehr schön, wie alle zusammenhalten. Frauenpower!»

«Dieser Tag gibt mir mega viel Energie und Power. Es stärkt alle, die hier sind. Es ist sehr bewegend und berührend. Ich hatte durchgehend Hühnerhaut. Es gibt mir Mut.»

«Die vielen Femizide dieses Jahr haben mich besonders betroffen gemacht und deshalb fand ich auch die Schweigeminute sehr eindrücklich. Es geht mir darum, ein Zeichen zu setzen und sich solidarisch zu zeigen.»





«Ich bin heute hier, weil ich abends alleine nach Hause gehen können möchte und weil ich will, dass die Gewalt gegen Frauen endet.»



«Ich finde es ein mega wichtiges politisches Anliegen, für das wir leider immer noch bestehen müssen. Ich kenne viele Betroffene sexueller Belästigung oder sexistischer Diskriminierung und finde es deshalb sehr wichtig, heute hier zu sein.»



«Ich bin heute hier, weil es immer noch strukturelle Ungleichheit gibt, die mich wütend macht und weil der Streik die Möglichkeit für Sichtbarkeit und Solidarität für wichtige Themen bietet. Es war mega schön zu sehen, nicht alleine zu sein und dass sich so viele verschiedene Menschen für Veränderungen einsetzen.»

«Ich beteilige mich am feministischen Streik, da wir einerseits noch weit weg sind von der Gleichberechtigung: FINTA-Personen verdienen immer noch weniger als Cis-Männer, leisten immer noch den Grossteil der Care-Arbeit, die Zahl der Femizide steigt an und viele von uns fürchten sich immer noch nachts auf dem Nachhauseweg. Dies sind nur ein paar der Gründe, warum ich es wichtig finde, am 14. Juni auf die Strasse zu gehen. Andererseits gibt mit das Streiken mit meinen Genoss*innen Kraft, um gemeinsam für eine bessere, gerechtere Welt weiterzukämpfen!»



«Ich finde es ein mega wichtiges politisches Anliegen, für das wir leider immer noch bestehen müssen. Ich kenne viele Betroffene sexueller Belästigung oder sexistischer Diskriminierung und finde es deshalb sehr wichtig, heute hier zu sein.»



«Ich war bisher jedes Jahr dabei und finde es sehr wichtig, dass wir Präsenz zeigen und für unsere Rechte bestehen.»

Salaire minimum légal : lutter contre la pauvreté ou promouvoir une rémunération juste ?

Le salaire minimal légal... un objectif à atteindre, une protection minimale contre des salaires de misère ou un projet réformiste qui nous éloigne du projet de salaire de base universel ? Une réflexion dans le cadre des controverses autour du salaire minimum à Genève et des initiatives pour un salaire minimum à Berne, Bienne et Zurich. Quel objectif et quel combat mené ?

Objectifs du salaire minimum

Le but est de garantir un revenu minimum afin de permettre aux salarié.e.s de subvenir à leurs besoins fondamentaux, comme le logement, la nourriture et les soins de santé dans le but de réduire le nombre de personnes vivant en dessous du seuil de pauvreté.

Contexte actuel – cadres et limites du salaire minimum

En 2014, l'électorat suisse a rejeté dans les urnes l'instauration d'un salaire minimum fédéral : l'initiative populaire « Pour la protection de salaires équitables (initiative sur les salaires minimums) » a été refusée par 76,3% des personnes votantes, aucun canton n'ayant voté pour. Entretemps, plusieurs cantons ou villes ont introduit ou sont sur le point d'introduire un salaire minimum légal : Neuchâtel en 2017 (21.09 CHF/h), Jura en 2018 (20.60 CHF/h), Genève en 2020 (24.32 CHF/h), Bâle-Ville (21.70 CHF/h) et Tessin en 2021 (entre 19.75 et 20.25 CHF/h) – montants indexés au coût de la vie (chiffres de 2023). Dans d'autres cantons, comme au Valais par exemple, une initiative a été déposée en janvier 2024 pour un salaire minimum à 22 CHF/h et des initiatives ont été lancées dans ce sens dans des villes comme Zurich, Berne et Bienne (23.80 CHF/h).

Le montant du salaire minimum est calculé sur la base des besoins vitaux établis en Suisse pour déterminer les prestations complémentaires. Le montant de 23.80 francs par heure correspond à un montant de 4300 francs par mois.

En 2022, selon une étude de l'Initiative des villes, 30,5% des bénéficiaires de l'aide sociale étaient des « working poor » (« travailleuse ou travailleur pauvre », généralement travail sur appel, travail occasionnel ou emplois temporaires) et devaient recevoir un soutien supplémentaire des pouvoirs publics.

L'initiative pour un salaire minimum répond à un besoin certain : celui de lutter contre des salaires qui ne permettent pas de vivre décemment en Suisse, tout en travaillant à 100%.

La FAU soutient cette initiative. Cette réforme ne pose pas la question fondamentale du salaire et du travail dans une société capitaliste basée sur l'exploitation et l'appropriation de la plus-value du travail. Pour cette raison, elle propose des éléments de réflexions en matière de salaire et de travail pour nourrir l'action politique syndicale.

Faiblesses du salaire minimum

1. Lutte contre la pauvreté : Le salaire minimum est un moyen pour lutter contre la précarisation des conditions de travail, mais pas contre la pauvreté. Le montant mensuel de 4300.– est basé sur travail hebdomadaire de 42 h. De nombreuses entreprises travaillent 41 ou 40 h (173 heures par mois en moyenne, le salaire moyen est donc de 4117.–). De nombreuses et nombreux salarié.e.s travaillent à temps partiel par obligation – imposé par l'entreprise employeuse et peu compatible avec d'autres emplois – ou pour des motifs de santé ou d'obligations familiales. Les personnes en situation d'handicap peuvent difficilement compenser leurs désavantages sur le marché du travail avec les rentes de l'assurance-invalidité (AI).
2. Egalité salariale : Par ailleurs, si de nombreuses salariées bénéficieront de cette mesure, en particulier, dans les domaines des soins et la restauration, l'inégalité salariale liée au genre demeurera un problème. D'après l'Office fédéral de la statistique, l'écart salarial moyen entre les sexes s'élève à 16,2%, soit 653 francs bruts mensuels en 2022, tous secteurs confondus en Suisse. Près de la moitié de cet écart reste inexpliqué (entre personnes à compétences et à postes professionnels égaux au sein des mêmes branches économiques).
3. Lutte contre les disparités salariales : Le salaire minimum ne remet pas en question les disparités salariales. Les plus grandes différences de salaires en Suisse se situent aujourd'hui dans un rapport de 1:260. L'initiative 1:12, avait pour objectif de réduire cette disparité. Elle a été rejetée par 65,3% de l'électorat suisse en 2013. Sans plafond salarial, la cupidité de responsables de multinationales et du secteur financier n'a pas de limite. Voir le salaire d'Ermotti, PDG d'UBS : il a gagné 14,4 millions de francs pour neuf mois de travail en 2024. Il a donc gagné *84 000 francs par jour de travail*, soit plus qu'un salaire annuel moyen en Suisse (81 500 francs).

Dans une société capitaliste, le salaire est un élément central du système. Il est lié aux piliers du capitalisme : propriété privée, profit par l'exploitation de la main-d'œuvre et de la nature, création de la rareté de l'emploi et des matières premières (chômage, spéculation)...

Le salaire lié à l'emploi soumet les salarié.e.s aux employeur.euse.s et crée de facto les conditions d'exploitation.

Le seul moyen de sortir de cette impasse n'est pas l'amélioration des conditions cadres de l'emploi, mais une nouvelle définition du travail et du paiement du travail, par les travailleurs et travailleuses en collaboration avec les bénéficiaires de ce travail.

Cette perspective ne doit pas être oubliée dans le cadre de la défense à court terme de meilleures conditions salariales ou de travail. Il faut au contraire chercher les pistes qui permettent d'avancer dans cette direction qui passent toutes par l'émancipation des salarié.e.s et par la prise de conscience de leur exploitation mais aussi de leur force dans l'union. Pour cette raison, la FAU ne s'engage pas activement dans les différentes initiatives et actions concernant le salaire, tout en ne s'opposant pas à ces efforts d'amélioration à court terme.

Texte : FAU Biel/Bienne

TIGRAY



VON DER WELT IGNORIERT

Die Welt schaute weg: Die Kriegsverbrechen in der äthiopischen Provinz Tigray wurden von geopolitischen Interessen geleitet.

Text: Basil (Schwarzi Chatz)



2020 bis 2023 tobte in Tigray ein blutiger Konflikt, der von der Weltöffentlichkeit fast völlig ignoriert wurde: Entweder aus Eigeninteresse am Status Quo der globalen kapitalistischen Hegemonie oder aus dem Unwillen, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Das Volk von Tigray spricht von einem Völkermord, der an ihm verübt wurde.

Die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) war 28 Jahre lang Teil einer korrupten äthiopischen Elite – der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF). Sie dominierte die herrschende Klasse und war bekannt für ihre Korruption, Wahlmanipulation, Repression und für die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Regionalregierungen, wofür sie heute verantwortlich gemacht wird. Sie war das Herzstück eines Systems, das jahrzehntelang von der Ausbeutung der Ethnien der Oromo und Ogaden in Südäthiopien profitierte. Die TPLF hat das Militär und den repressiven Sicherheitsapparat mitgestaltet und eingesetzt. Viele staatliche Mittel und ausländische Entwicklungsgelder sind so in der Provinz Tigray gelandet. Während des Unabhängigkeitskrieges Eritreas gegen Äthiopien und der äthiopischen Invasion in Somalia wurde die TPLF zu einem Stellvertreter des US-Imperialismus am Horn von Afrika und wurde während ihrer ganzen Regierungszeit von den USA politisch, finanziell und militärisch unterstützt. Nach jahrzehn-

telanger Unterdrückung vieler Nationalitäten brachen 2016 schliesslich Unruhen aus. Diese wurden umgehend mit Gewalt unterdrückt und Demonstrant*innen wurden ermordet, was wiederum zu Aufständen im ganzen Land führte. Die Proteste der Oromo und Ahmara, der beiden grössten Volksgruppen des Landes, führten 2018 zum Sturz der TPLF und der von ihr angeführten EPRDF.

Die TPLF zog sich aus der Zentralregierung zurück und schloss sich der Regionalregierung von Tigray an.

Mit Neoliberalismus gelingt nichts Besseres – auch keine Reformen

Im April 2018 kam Abiy Ahmed als neuer Präsident und Hoffnungsträger eines westlichen Imperialismus in Äthiopien an die Macht. Er überzeugte die verbliebenen Parteien mit der TPLF zu brechen, was zu einem Bruch in den Beziehungen der neuen Regierung mit einem Teil der alten Führungsschicht führte. Der grössere Teil der herrschenden Klasse blieb jedoch weiterhin an der Macht, unter einem neuen Präsidenten mit neuem Namen. Abiy liess politische Gefangene frei, bekämpfte die Korruption und unternahm Reformen im Geiste des westlichen Kapitalismus, die international grosse Beachtung fanden. Der Ausnahmezustand wurde aufgehoben und grosse Teile der Bevölke-

rung, insbesondere die ethnischen Minderheiten, genossen mehr Freiheiten. Der Frieden mit Eritrea, für den er 2019 den Friedensnobelpreis erhielt, wurde später zu einem militärischen Beistandspakt mit dem stark militarisierten Land, dem Nordkorea Afrikas. Eine neue herrschende Klasse, die sich nun auf einen ethnischen Nationalismus und die Bevölkerungsgruppe der Ahmara stützte, gewann stark an Einfluss. Als Abiy die Regierungskoalition auflöste, kam es zu einer Rezentralisierung der Macht. Vertreter aller Regionen wurde zwar in die neue und mächtige Prosperity Party (PP) aufgenommen, jedoch auf Kosten regionaler Autonomie und des Selbstbestimmungsrechts der 80 Volksgruppen.

Die PP kündigte aggressive Reformen an, die eine grosse Privatisierungswelle auslösten. Diese neue neoliberale Ausrichtung richtet sich eindeutig gegen das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Bevölkerungsgruppen. Denn sie umzusetzen wäre nur mit einem zentralisierten Staat möglich, der die Widersprüche umgeht, ohne sie aufzulösen. Die wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit ist daher die Agenda der PP. Abiys Rede 2019 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, auf dem er den Neoliberalismus buchstäblich umarmte und die Bedeutung des freien Marktes sowie eines starken privaten Sektors beschwor, zeigte seine ideologische Irreführung. Er lud auslän-



dische Unternehmen ein, im Land ohne Mindestlöhne zu produzieren. Diese Politik hat der Arbeiter*innen-Klasse in Äthiopien erheblichen Schaden zugefügt.

Obwohl Abiy durch die Proteste der Oromo an die Macht gekommen war, hat er die weitere Unterdrückung dieser Bevölkerungsgruppe zugelassen. Er hat die Nationalitätenpolitik der TPLF fortgesetzt, politische Aktivist*innen inhaftiert und das äthiopische Militär auf repressiver Weise eingesetzt. Gefährlich ist auch, dass Abiy einer gewalttätigen abessinischen Mythologie anhängt, die mit ihren Kaisern, die stets zu den Ahmara gehörten, einen Vorherrschaftsanspruch einer Bevölkerungsgruppe rechtfertigte und die Bevölkerungsgruppe der Oromo praktisch als Sklav*innen ohne politische und soziale Rechte hielt.

In der Folge kam es in Äthiopien zu ethnisch und religiös motivierten Tötungen und Vertreibungen. Die Oromo und andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen revoltierten. Die Zentralregierung war nicht in der Lage, in den einzelnen Regionen, insbesondere in Tigray, Recht durchzusetzen. Dadurch konnten sich Beamte, die sich schwerer Verbrechen unter der TPLF-Regierung schuldig gemacht hatten, unbedrängt nach Tigray zurückziehen. Die TPLF verstärkte auch ihre Streitkräfte auf 300 000 Personen, obwohl sie gemäss der Verfassung nur eine Polizei aufbauen durfte.

Viele Köche verderben den Frieden – Geopolitik der G20 funktioniert nicht für Afrika

Anfangs 2020 brach ein Konflikt zwischen der neuen Zentralregierung unter Abiy und der Provinzregierung in Tigray aus. Dieser spitzte sich durch die Auslegung der Verfassung, einschliesslich des Selbstbestimmungsrechts und der Wahlen, die dieses legitimieren sollten, zu. Tigray verlangte nun also Selbstständigkeit, was die TPLF vorher anderen Bevölkerungsgruppen unter ihrer Herrschaft vorenthalten hatte.

Wegen der Corona-Pandemie wurden Parlamentswahlen im Sommer 2020 verschoben, was von der Provinzregierung in Tigray als verfassungswidrig kritisiert wurde. Im September schliesslich organisierte die TPLF in der Provinz Tigray Kommunalwahlen, welche wiederum von der Zentralregierung als verfassungswidrig bezeichnet wurde. Die TFPL ernannte sich zur Siegerin und sprach der Zentralregierung das Recht ab, in Tigray zu regieren und erklärte sie für verfassungswidrig und illegal.

Anfang November 2020 eskalierte der Konflikt um die soziale, wirtschaftliche und politische Kontrolle der Region zwischen der TPLF und Addis Abeba militärisch. Am 4. und 5. November 2020 griff der militärische Arm der TPLF fünf wichtige Stützpunkte der äthiopischen Armee an und erbeutete militärische Ausrüstung. Dabei wurden hunderte Soldaten

getötet. Die TPLF gab an, es handle sich um Präventivschläge. Am 4. November erklärte Abiy der Region Tigray offiziell den Krieg. Er bezeichnete die Operation als «Strafverfolgungsmassnahme», als Reaktion auf den Verrat der Region Tigray sowie zur Verteidigung Äthiopiens. Am 28. November 2020 startete das äthiopische Militär eine Offensive und nahm die Regionalhauptstadt Mekele ein. Die äthiopische Seite wurde von Truppen aus Eritrea, Somalia, den beiden ehemaligen Gegnern der TPLF und sogar mit technischer Unterstützung aus Dubai sowie von Ahmara-Milizen unterstützt, die nun zu Tausenden nach Tigray strömten und schwere Gewalt ausübten.

Auch China, das seine Interessen im Rahmen des Projekts der neuen Seidenstrasse bedroht sah, hatte sich Russland angeschlossen, um eine humanitäre Intervention durch die UNO zu verhindern. Neokoloniale Interessen wurden als Deckmantel für einen Nationalismus benutzt, der in einen Völkermord zu endete. Erwähnenswert ist auch, dass die Biden-Administration zurück zur «interventionistischen» politischen Haltung gegenüber dem Horn von Afrika ging, auch um den Einfluss Chinas und seiner Entwicklungsgeldern entgegenzuwirken.

Auch die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützten das System Abiy, unter anderem mit direkten Waffenlieferungen. So finanzieren sie ihm aktuell auch einen Präsidentenpalast,

der an Grösse und Kosten jenen der in der Türkei gebauten in nichts nachsteht.

Weiter half die Türkei mit Waffen und Soldaten, welche diese bedienten.

Die Region Tigray erhielt Unterstützung aus dem Sudan, mit dem Eritrea Grenzstreitigkeiten austrägt, sowie Ägypten, das nun aktiver gegen den äthiopischen Nilstaudamm vorgeht.

Während der Kämpfe kamen tausende Zivilist*innen durch die Bombardements der äthiopischen Luftwaffe oder durch Massaker ums Lebens.

Amnesty International und andere Organisationen, die sich mit Kriegsverbrechen befassen, haben viele, wenn auch nicht alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit dokumentiert. Es gibt viele glaubwürdige Berichte über Mädchen und Frauen, die sexueller Gewalt ausgesetzt waren.

Innerhalb Tigray wurden Hunderttausende von Menschen vertrieben und mehrere Zehntausende flohen in den Sudan.

Die äthiopischen Regierungstruppen und die mit ihnen verbündeten Amhara-Milizen zerstörten zudem systematisch Ernten, landwirtschaftliche Geräte, töteten Tiere und es wurde gar von Sprühflugzeugen berichtet, welche die Felder mit Pestiziden besprühten. Hunger als Waffe wurde in Tigray bereits in früheren Konflikten eingesetzt. Hunderttausende von Menschen litten unter akutem Hunger und mehrere Millionen Menschen benötigten humanitäre Hilfe. Diese erreichte die betroffenen Gebiete nur schwer, weil die Zentralregierung Hilfswerke aktiv daran hinderte, Nahrungsmittel zu

liefern. Neben Strassensperren und bürokratischen Hürden wurden Mitarbeiter von Hilfswerken auch beschossen und getötet.

Kriegsverbrechen und Völkermord

Die TPLF und andere politischen Parteien Tigrays gründeten die TDF (Tigray Defense Force), welche Rückhalt in der Bevölkerung von Tigrays fand. Die äthiopische und die eritreische Armee wurden in der bergigen Region Tigray teilweise vernichtend geschlagen und es wurde eine Offensive in der Ahmara-Region gestartet, um Abiy an den Verhandlungstisch zu zwingen. Einen Vorstoss auf Addis Abeba der TDF misslang unter anderem, weil die Türkei Abiy mit Soldaten und Drohnen aushalf. In der Folge wehte über manchen äthiopischen Dörfern die türkische Flagge. Seither laufen auch türkische Seifenoper im äthiopischen Fernsehen, auf amharisch notabene. Nach einer erneuten Offensive der ätiopischen und eritreischen Truppen kam es, auch in Folge der verheerenden Hungersnot, in Tigray anfangs 2023 zum Frieden von Kairo, aus dem Eritrea vielsagenderweise ausgeklammert wurde. Doch es gibt in Äthiopien auch heute noch Kämpfe und Vertreibung, die Repression gegen die Zivilgesellschaft nimmt drastisch zu. Die TPLF hat sich gespalten: Die alten TPLF-Generäle stehen mittlerweile im Konflikt mit der Übergangsregierung in Tigray und somit auf der Seite Eritreas, während die TDF, welche allerdings fast alle Waffen abgegeben hat, auf der Seite von Äthiopien steht.

Der Krieg hinterliess überall in Tigray grosse Schäden, Soldaten plünderten Geschäfte, Fabriken und Spitäler. So auch in Wukro, das 70 Kilometer von Mekele entfernt liegt. Vor dem Krieg erlebte Wukro einen wirtschaftlichen Aufschwung, die Stadt profitierte von ihrer Lage an der Strasse zwischen Mekele und Eritrea. Heute sind hier «neun von zehn Menschen von internationalen Hilfslieferungen abhängig», sagt Yared Berhe Gebrelibanos, Geschäftsführer der Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Tigray. «Die Menschen kämpfen ums Überleben, kaum jemand hat ein Einkommen, und die Sicherheitslage ist katastrophal.» Hinzu kommt die Frage: Wird der Frieden halten?

Zu den weniger bekannten Verbrechen und Gräueltaten, die sich gleichzeitig in Äthiopien ereigneten, gehören die zahlreichen Morde, Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Zwangsverschleppungen von eritreischen Flüchtlingen in den Flüchtlingslagern von Tigray durch eritreischen TPLF-freundlichen Oppositionsgruppen, Überfälle auf Büros in Flüchtlingslagern in Tigray durch TPLF-Milizen, Gräueltaten an Amhara-Zivilisten durch Oromo-Regionalkräfte, Brutalität an Kimant-Zivilist*innen durch Amhara-Milizen sowie die Ermordung von Oromo-Aktivist*innen und militanten Regierungsgegner*innen durch äthiopische Truppen. Befekadu Hailu, der als regierungskritischer Blogger in den Jahren 2014 und 2015 im Gefängnis sass und danach zum Menschenrechtsverteidiger wurde; urteilt über Abiy: «Er hat die Krise verschuldet. Schon kurz nach seinem

Amtsantritt kam es zu ersten ethnischen Massakern, die auf das Konto der Regierung gehen.» Gemeint sind Tötungen und Entführungen im Bundesstaat Oromia im Jahr 2018. Mit dem Feldzug gegen Tigray erfasste die Gewalt das ganze Land. Der Amnesty-Bericht «Ethiopia: Summary killings, rape and looting by Tigrayan forces in Amhara» aus dem Jahr 2022 belegt, dass nicht nur Regierungssoldaten, sondern auch Soldaten aus Tigray Massaker in anderen Teilen Äthiopiens begingen. Sogar nach dem Friedensschluss ging es weiter: Die Milizen der Amhara, allen voran die Fano, stellten sich enttäuscht gegen die Regierung. «Die Milizionäre der Fano erhofften sich territoriale Gewinne und mehr Eigenständigkeit», sagt Hailu. «Den Frieden empfinden sie als Verrat.» Und Abiy setzt das Militär nun auch in Amhara ein.

Neben massiver Unterdrückung und Polizeigewalt setzt die Zentralregierung in ganz Äthiopien auch auf Zensur und Propaganda. Ähnlich wie die Diktatur im Nachbarland Eritrea zeigt sich ein faschistische Einparteienregime, das jede Opposition kriminalisiert und die ahmarische Kultur als ebenso dominant betrachtet wie unter den vorangehenden Kaisern Menelik II und Haile Selassi. Abiy Ahmed, der Friedensnobelpreisträger, ist zu einem von Macht und Eigeninteresse korrumpierten Diktator geworden, der den Tod von Hunderttausenden von Menschen willkürlich in Kauf nimmt. Einmal mehr hat ein politisches System, das Unterdrückung und Unfreiheit unter dem Deckmantel der kapitalistischen Demokratie verbirgt, unerträgliche Folgen für Menschen, die einer Minderheit angehören.

Das Pulverfass am Horn Afrikas bleibt – die nationalistischen Konflikte ungelöst

Die in der äthiopischen Politik dominierenden Ahmara, sehen sich als die «ausgewählte» Bevölkerungsgruppe Äthiopiens und wollen ihre Interessen nicht nur in der Provinz Tigray, sondern auch gegen eine der grössten Bevölkerungsgruppe, die Oromo, militärisch durchsetzen. Neben der offiziellen äthiopischen Armee sind auch Freiwilligenmilizen aus der Bevölkerungsgruppe der Ahmara beteiligt, die bewaffnet in Tigray einmarschiert sind und nachweislich ebenso wie die Armee für Massaker verantwortlich sind. Dieser Etnofaschismus, der sich an der Bevölkerungsgruppe der Ahmara orientiert und damit alle anderen 80 ethnischen Gruppen in Äthiopien diskriminiert, erinnert an den Konflikt in Ruanda und seine tragischen Folgen.

Die Bevölkerungsgruppe der Oromo, die in der Vergangenheit immer sehr unter der Herrschaft der Ahmara gelitten hat, kämpft nun ebenfalls für ihre Freiheit und Unabhängigkeit von Äthiopien durch eine Befreiungsbewegung, welche mit der Oromo Liberation Army (OLA) einen Guerillakrieg für ein freies Oromya angefangen hat. So ging die OLA zwischenzeitig ein Bündnis mit der TDF ein. Zwischen den rund 80 verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der Zentralregierung zeichnen sich neue



und weitere ethnische Konflikte ab, die zum Zusammenbruch Äthiopiens führen könnten. Eine Situation wie in Syrien droht, wo seit einem Jahrzehnt ein Bürgerkrieg wütet und noch immer nicht vorbei scheint, der für alle Beteiligten schreckliche Folgen hat und das Schicksal einer ganzen Region auf Jahrzehnte hinaus prägen wird.

Inzwischen hat sich Abiy mit dem eritreischen Machthaber Isayas überworfen und ein neuer Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea scheint nicht mehr unmöglich. Eritrea hält immer noch ätiopisches Territorium besetzt, Äthiopien hat durch die Waffenhilfe bei Eritrea Schulden gemacht und Äthiopien liebäugelt mit einem eigenen Hafen am roten Meer, auf eritreischem Territorium. Dieser gilt in Äthiopien als existenzielle Notwendigkeit. Der ganze Grenzverlauf zwischen Eritrea und Äthiopien gilt seit der Unabhängigkeit Eritreas seit dreissig Jahren als umstritten. Weiter hat sich Äthiopien mit seinem grossen Nil-Staudammprojekt, der Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre, die Feindschaft des Sudans und vor allem Ägypten zugezogen und Ägypten hat mittlerweile nicht nur Äthiopien vor der UNO an- oder verklagt, sondern auch Truppen und Flugzeuge im Sudan stationiert.

Es scheint, als dass dem Horn von Afrika weitere unruhige und konfliktreiche Jahre bevorstehen.

Geopolitische Interessen und Nationalismen führen insbesondere im multikulturellen und verarmten Äthiopien zu haarsträubender Gewalt. Es bleibt die Hoffnung, dass sich friedliche Lösungen finden lassen, der Westen darf nicht einfach wegsehen, wenn Menschenrechte systematisch gebrochen werden und Kriegsverbrechen begangen werden.

Solidarität mit den Menschen in Äthiopien, Freiheit für alle Völker! Nieder mit jeglicher faschistischer Diktatur und ethnischem Zentrismus. Selbstbestimmung für alle Ethnien und alle Menschen! ■

TEXTE AUS DEM ATELIER

Bei unseren Schreibateliers geht es darum, in einer begrenzten Zeit über ein gemeinsam definiertes Thema frei und ohne Druck zu schreiben. Hier eine Auswahl an Texten zu den Themen Ermessensspielraum und Klogefühle.

Texte: Nora und Nico (FAU Bern)

Ermessensspielraum in Hermes-Spielraum

Mir wurde mal eine Geschichte von einer Vitrine erzählt.

Ich stand da und wartete auf den Bus, um zur Arbeit zu fahren. Genau wie meine Laune war der Tag kalt und neblig. Ich schaute auf die Kreuzung und dachte an das Gespräch über meine Lohnentwicklung welches ich mit meiner Chefin am Nachmittag abgemacht hatte. Über den schnell vorbeifahrenden Autos flogen ein paar Raben krähen von Baumkrone zu Baumkrone. Gelangweilt folgte ich deren Bewegungen mit den Augen. In meinem Blickwinkel spiegelten sie sich in der Vitrine und ich drehte mich komplett zu ihr zu.

Es war eine elegante Vitrine, blitz-blank geputzt. Hinter dem Glas standen ein paar Handtaschen zur Show. Eine glitzernde Kette hing um einen Hals aus Samt. Ein Paar Mokassins aus Krokodilleder lagen lässig auf einem Kissen in einer Ecke. Ich erkannte keine Preisschilder, dafür aber das Logo der Marke: Hermes. Eine französische Luxusmarke.

Plötzlich, als ich mich bereits wieder umdrehen wollte, fing die Vitrine an, mir eine Geschichte zu erzählen, die ich im Nachhinein gar nicht hätte hören wollen. Aber in diesem Moment war der Bus immer noch nicht da und ich wollte nicht an das kommende Gespräch mit meiner Chefin denken. Ich war froh um jede Ablenkung an diesem grauen Morgen.

Die Vitrine erzählte mir, dass es möglich ist, Preisschilder für überflüssig zu halten. Sie erzählte mir, dass es keine Rolle spielen kann, ob heute ein paar hundert Franken mehr oder weniger ausgegeben werden, denn es gibt eh genug Geld. Mit schönen Ausdrücken behauptete sie sogar, es sei möglich, nur seiner Laune zu folgen, ohne auf das Bankkonto anzuschauen.

Sie erzählte mir von einer Welt, welche zwar auf dem gleichen Planeten wie meine Welt existierte, allerdings für Menschen wie ich komplett fremd bleibt. In dieser Welt lebten Menschen wie ich, beziehungsweise fast wie ich.

Denn diese Menschen konnten sich alles leisten.

Sie konnten frei entscheiden, ob sie sich neue Mokassins kaufen, oder ob sie allen Menschen Zugriff zu guter Kleidung geben würden.

Sie konnten frei entscheiden, ob der Schmuck, den sie kauften, aus Blutdiamanten bestand oder nicht.

Sie hatten die Macht, allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, oder auch nicht.

Was auch immer sie entschieden: diese Menschen mussten sich nie rechtfertigen. Sie mussten gegenüber den Menschen oder sogar der Lebenswesen, die ausserhalb ihrer Welt lebten, nie Rechenschaft ablegen. Und das, obwohl ihre Entscheidungen nicht nachvollziehbar waren und auf Kosten von Anderen getroffen wurden. Sie mussten sich gar nicht damit auseinandersetzen.

Die Vitrine sagte auch, dass die meisten Objekte in dieser Welt ziemlich überflüssig waren und nur einem Ziel dienten: die Macht derjenigen zu zeigen, die sie besaßen.

Als ich fragte, ob diese Objekte denn diese Macht durch Schönheit und Eleganz zeigten, antwortete sie, dass diese Objekte gar nicht unbedingt schön waren. Sie müssten nur ausstrahlen, dass sie sehr viel Geld gekostet hatten. Denn Geld war eigentlich das, was mächtig machte, es war aber meistens nicht sichtbar; manchmal war es sogar nicht real.

Diese Menschen hatten also so viel Geld, dass sie es einfach in Objekten reinsteckten, dessen einzige Daseinsberechtigung eigentlich nur darin bestand zu zeigen, dass sie viel Geld kosteten.

Ich war baff.

Als ich der Vitrine fragte, ob sich denn diese Menschen dabei wohl fühlten, Objekte ohne realen Nutzen zu kaufen, erzählte sie mir, dass sie dafür sogar in ganz besondere Orte gingen.

Orte wie Schreine, in denen diese Objekte kostbar ausgestellt waren, damit sie verehrt werden konnten, bevor sie ausgesucht und erlangt wurden.

Orte wie Tempel, dessen dienende Personen ausschliesslich zur Verfügung dieser Personen waren. In diesen Tempel wurde stets aufgepasst, dass sich die Menschen so wohl wie möglich fühlten. Es wurden Champagner-Flaschen geöffnet und Canapés angeboten. Es wurde stets sichergestellt, dass alle, von klein bis gross, diese Tempel als natürlich betrachteten.

Die Vitrine flüsterte dann, dass sie auch Teil eines solchen Tempels war, wo auch die Kinder dieser Menschen willkommen waren.

Tatsächlich erkannte ich in einer Ecke hinter der Vitrine einen Spielraum für die Kinder aus dieser anderen Welt. Dort warteten ein Schaukelpferd und ein paar Plüschtiere, die sich gedulden mussten, weil der Laden erst um 10 Uhr öffnete.

Doch plötzlich erschien der Bus aus dem Nebel. Die Vitrine hörte auf, mir diese seltsame Welt zu erzählen.

Ich wandte mich ab vom Hermes-Spielraum. Jetzt musste ich wieder an meine Lohnentwicklung denken, an meine Chefin und an ihren viel zu grossen Ermessensspielraum.

Klogefühle

Hast du schon mal einer Katze beim Scheissen zugeschaut? Es ist umwerfend. Es entspannt mich jedes Mal. Diese Erleichterung. Dieses entspannte Gesicht.

Wie hat es sich für dich angefühlt, als du das letzte Mal ultradringend pissen musstest? Und du dich dann endlich in einem schönen warmen Klo erleichtern konntest? Wahnsinn, oder?

Gleichzeitig scheint es verpönt, darüber zu sprechen, wie es auf der Toilette war. Allgemein über Fäkalien zu sprechen, gehört sich nicht. Aber ich liebe diese Freund*innenschaften, in welchen wir uns darüber austauschen, wie toll es war, nach ein paar Tagen Verstopfung im Urlaub endlich scheissen zu können. Oder die Menschen, mit denen ich einfach darüber sprechen kann, dass mein letzter Schiss richtig mühsam war, weil ich hundert Mal abputzen musste. Es gibt sogar Freund*innen, mit welchen in eigene Begriffe für verschiedenen Kotproduktionen erfunden habe.

Ich frage mich oft, wer eigentlich das Recht hat, zu definieren, was gut ist und was schlecht. Ich darf doch selber definieren, was sich für mich gut anfühlt und was schlecht. Egal ob es um Essen, Kleidung oder eben Gefühle geht. Es gibt doch nicht per se schlechte Gefühle. Genauso wie Glückseligkeit positiv ist, kann es ja auch positiv sein, traurig oder melancholisch zu sein. Genauso kann es positiv sein, eine gute Zeit auf der Toilette zu haben.

Meine Mutter ermahnte mich oft, dass ich mit meiner «Fäkaliensprache» aufhören soll. Oder Leute ärgern sich, wenn Menschen beim Essen über Scheisse oder Pisse sprechen. Sitzt du aber mit Leuten am Tisch, die in ihrer Lohnarbeit tagtäglich mit Körperausscheidungen konfrontiert sind, gehört das dazu. Ich gehöre auch zu den Leuten. Heute. Ich beteilige mich gerne an Kotgesprächen am Tisch und liebe es, von meinen Freund*innen aus der Pflege die neusten, lustigsten Scheissestories zu hören.

Ich liebe es auch, während der Arbeit auf der Toilette eine kurze Pause zu machen. Während meiner Lehre habe ich aus Langeweile sogar extraviel getrunken, damit ich öfters auf die Toilette kann. Im Ausgang geniesse ich die kurze Stille für mich. Nur ich, mein Darm und das Klo. Wunderbar. Oder die netten Situationen mit anderen Toiletten-gänger*innen. Der kurze Austausch. Das gegenseitige Aushelfen mit Toilettenpapier und Taschentücher. Die kompliz*innenhaften Hinweise, dass diese eine Toilette richtig verschissen ist oder es da kein Toilettenpapier mehr gibt. Oder halt das Übergeben von Binden und Tampons.

Ich liebe auch, wenn ich mir heimlich die Hände nach dem Toilettengang nicht wasche und gut schaue, dass mich niemand erwischt. Der kleine Aufstand. Das nicht mit-machen. Die minimale Weigerung. Du denkst jetzt vielleicht: Eklig. Aber fühlt sich dann richtig gut an. Der kurze Moment der Verweigerung gegen das, was wir alle immer machen müssen. Einfach für mich selbst.

Ich bin nicht bereit, mein Empfinden so einzuordnen, wie es andere aus irgendwelchen Gründen mal vorgegeben habe. Ich kann mich hemmungslos meiner Trauer hingeben. Ein Teil meiner Familie ist auch so. Meine Oma ist gestorben. Ich habe geweint. Weil ich traurig war, dass sie nicht mehr da ist. Weil ich traurig war, dass ich sie nicht mehr sehen werde. Aber auch aus Erleichterung für sie, dass sie nicht mehr leiden muss. Das alles hat Platz für mich, und zwar gleichzeitig. Ich kann traurig und wütend sein und mich trotzdem glücklich fühlen, mit anderen Menschen in Verbindung zu sein. In meiner Familie weinen viele. Und sie lachen gleichzeitig. Meine Grosstante hat an der Beerdigung meiner Oma gelacht, während ihr die Tränen übers Gesicht gelaufen sind.

Gefühle zuzulassen, ist für mich einfach nur befreiend. Und zwar wirklich. Nicht als Werbegag von Helsana. Einfach wirklich befreiend. Ich kann meine Gefühle zulassen und muss sie dann nicht auf die herkömmliche Weise zeigen. Ich kann traurig sein, ohne zu weinen. Ich kann glücklich sein, ohne zu hüpfen. Ich kann wütend sein, ohne jemanden anzuschreien.

Und so kann ich nach einem guten Schiss, erleichtert und ausgeglichen von der Toilette kommen. Ich möchte das teilen. Wenn ich das teilen kann, fühle ich mich frei. Wenn ich meine Wut, Trauer, Freude und auch meine Ohnmacht mit anderen Menschen teilen kann, bin ich frei. Wenn ich ein Gefühl kommuniziere, möchte ich nicht, dass Menschen direkt in eine Handlung kommen. Ich möchte das Gefühl haben und zeigen. Ich möchte dabei ernst genommen werden. Ich definiere, ob Trauer für mich im Moment grad positiv oder negativ ist. Ich bin meine Herrin über die Definition von gut und schlecht.

Ich fühle mich mit all den Menschen wohl, vor denen ich pissen und scheissen kann. Die diesen vermeintlich intimen Moment mit mir teilen. Mir auch erzählen, wenn sie Probleme haben. Unsere Ausscheidungen sagen viel über uns. Brennt es beim Urinieren? Dann kann es eine klassische Blasenentzündung sein. Es kann aber auch etwas Schwerwiegenderes sein. Viel Durchfall oder Verstopfung kann auf eine Lebensmittelunverträglichkeit hindeuten. Aber eben auch auf etwas Schlimmeres. Wir müssen uns miteinander austauschen. Ohne Scham. Denn ich möchte gerne wissen, wenn eine Person oft niedergeschlagen ist. Denn in manchen Fällen ist es gut, wenn wir das voneinander wissen. Vielleicht ist eine Person depressiv. Vielleicht ist es gut, wenn eine Person professionelle Hilfe in Anspruch nimmt.

Ich möchte in einer Welt leben, in der wir uns alle nicht schämen müssen. Es gibt nicht das eine Thema, über das man nicht spricht, weil es sich nicht gehört. Wenn uns etwas umtreibt, freut, erleichtert oder beschäftigt, möchte ich das geteilt wissen. All das macht unsere Beziehungen aus. Sich umeinander sorgen und kümmern. Sich füreinander interessieren. Sich füreinander freuen. Füreinander da zu sein. Die Momente teilen, die bei uns etwas auslösen. Ob ein perfekter Schiss, bei dem ich nur einmal abwischen musste, oder ein ganz toller Tag. All das möchte ich geteilt wissen.

GEMEINSAM FÜR BESSERE ARBEITS- BEDINGUNGEN



Die konkrete Betriebsarbeit von FAU-Mitgliedern im Theater Orchester Biel Solothurn (TOBS) trägt Früchte und fordert die UNIA heraus. Ein Interview mit Museng Fischer, Mitglied der FAU und der Personalkommission.

Text und Interview: FAU Biel/Bienne

Kannst du etwas über deinen Werdegang erzählen?

Museng: Schon während meines Filmstudiums (1999–2004, Genf) habe ich nebenbei in Kinos, Theater und für Festivals gearbeitet. Ein Patchwork an Arbeitsstellen, welches zum Leben ausreichte, Beiträge an die 2. Säule blieben allerdings aus. Schon damals empfand ich dies als einen Systemfehler, war jedoch nicht gewerkschaftlich organisiert und damit beschäftigt, ein Quartierkino zu retten (was auch gelang). Ursprünglich aus der Deutschschweiz, lebe ich seit 2015 mit meinem Mann und unserer 12-jährigen Tochter in Biel und arbeite seit 2020 als Ankleiderin im Nebenerwerb beim TOBS.

Wie sind deine Arbeitsbedingungen?

Als Ankleiderin gehöre ich zum technischen Personal und habe fast ausschliesslich Vorstellungsdienst. Wir sind für die Kostüme verantwortlich, einrichten, auspacken, bei Umzügen helfen. In der Oper arbeiten wir zu zweit, normalerweise sind wir bei allen Vorstellungen dabei, in Biel, Solothurn und bei Gastspielen. Wir stossen erst kurz vor der Premiere zum Team und müssen dann die Kostüme und Besonderheiten des Stücks verstehen und viele Namen und Gesichter auswendig lernen. Während den drei Endproben sind immer auch die Schneider*innen und Kostümbildner*innen mit dabei. Die Wintermonate sind streng, dann gehen die

Leute in die Oper, im Sommer gibt es für uns Ankleiderinnen keine Arbeit. Wir sind im Stundenlohn angestellt (Grundlohn Fr. 25.80, seit Februar 2025 Fr. 27.10), die Jahresarbeitszeit entspricht ca. 30%.

Was ist deine Motivation dich innerhalb der FAU zu engagieren?

Die basisdemokratische Struktur gefällt mir. Wir alle haben Erfahrungen, Wissen und können uns bei Problemen gegenseitig unterstützen. Ich setze mich beim TOBS zum ersten Mal mit dem Arbeitsrecht auseinander, obwohl ich seit 1996 in der Kulturbranche arbeite. Seit 2024 engagiere ich mich in der Personalkommission (Peko), was ein wichtiger Lernprozess für mich ist.

Ihr habt innerhalb des TOBS erfolgreich eine Betriebsgruppe gegründet. Wie seid ihr vorgegangen?

Veranlasst durch die Personalversammlung vom August 2023, bei der sich der Bedarf eines Ideepools zur Verbesserung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) für das nicht-künstlerische Personal herauskristallisierte, wurden von der Peko verschiedene Treffen mit dem Personal organisiert, zur Reflektion des Arbeitsalltags und in kritischer Auseinandersetzung, was die UNIA momentan für uns tut. Ausserdem entstand die Betriebsgruppe der weiblich gelese- oder Flinta* Personen. Die informellen Flinta*-Treffen haben mich dann noch mehr sensibilisiert, und ich finde diese Bewegung sehr positiv.

Was sind Themen der Flinta*-Treffen, was hat dich gerade sehr angesprochen?

Sicherheit, Vorgehen bei Gesprächen mit Vorgesetzten, Kurse und Weiterbildungen, klare Richtlinien bei Krankheit und Ersatzkräften, Informationsaustausch, etc. Es ist «Work in Progress». Einige haben radikalere Ideen und andere haben konkrete Anliegen. Die Anwesenden haben sich klar für diese Treffen entschieden, es ist auch ein «safe-space» wo mensch über Probleme am Arbeitsplatz reden kann, ohne gleich vor einen Chef stehen zu müssen, und wo gemeinsam reflektiert und ausgetauscht wird.

Mittlerweile habt ihr im Betrieb fast 30 Mitglieder und habt unter anderen eine Mitarbeiter*innenumfrage durchgeführt. Was sind die wichtigsten Forderungen der Angestellten für einen neuen GAV?

Faire und zeitgemässe Löhne. Unsere Mindestlöhne wurden 2012 und 2019 angepasst, obwohl im GAV steht, dass dies jährlich, in Relation zur Jahresteuierung, geschieht. Der Mindestlohn in der Produktion oder Technik lag bis letztes Jahr bei Fr. 4300.–. Mehr Flexibilität und Freiheiten für Pflege von Angehörigen und Trauerfall von Angehörigen. Eine neu aufgesetzte Regelung zu gewerkschaftlicher Tätigkeit und die Arbeit in der Peko, klar beschriebene Aufgabenfelder und richtig bemessenes Arbeitsvolumen.

Welche Rolle hat die Personalkommission?

Wir wurden von der Personalversammlung gewählt und vermitteln zwischen den Gewerkschaften, der Direktion/Stiftungsrat und dem Personal. Also: vermitteln, zuhören, kürzen, ergänzen, Termine finden, durchsetzen, Wunden lecken, zusammen überlegen, informieren ...

Wie offen ist der Direktions- und Stiftungsrat des TOBS?

Ich empfinde das Klima eigentlich ganz positiv. Man möchte natürlich so wenig Probleme wie möglich, doch wird auch verstanden, dass wir gewisse Dinge einfordern – und teilweise wie-

derholt ansprechen müssen. Wie den im GAV vermerkten Teuerungsausgleich, was dieses Jahr dann auch Früchte getragen hat – 3% Lohnanpassung.

Welche Chancen siehst du einen neuen GAV auszuhandeln?

Die Chancen stehen gut. Wenn Mensch bedenkt, dass wir nur wenige Punkte dazuschreiben wollen, ist es nicht tragisch, wenn einige wenige untergeordnete Punkte wegfallen – und die Neugliederung des GAV's übersichtlicher machen. Wir müssen aber verstehen, dass der heutige GAV vom Stiftungsrat und dem Sozialpartner Unia unterschrieben ist. Das heisst, dass wir als Personal oder Peko Wünsche und Anmerkungen machen können – aber wir haben kein Gewicht. Es sei denn, wir werden von einer Gewerkschaft repräsentiert. Die an der Personalversammlung 2024 anwesenden Leute haben sich für die FAU ausgesprochen und möchten sich von der FAU repräsentieren lassen.

Kannst du mehr zu diesem Konflikt sagen?

Die ursprüngliche Idee der FAU war, eine Zusammenarbeit mit der Unia anzugehen und den GAV mitzuunterschreiben. Unsere jetzige Frustration ist, dass wir November 2024 einen Brief vom Stiftungsrat erhielten, der besagte, dass sie nichts gegen eine Zusammenarbeit einzuwenden hätten, wir dies jedoch direkt mit der Unia ausmachen sollten. Seither war bis Ende Februar 2025 Funkstille, als uns der Unia-Verantwortliche in einem persönlichen Gespräch erklärte, sie würden die FAU als Sozialpartner nicht anerkennen und die juristische Tariffähigkeit der FAU bezweifeln. Effektiv war die FAU aktiv beim Austausch mit Arbeitnehmerinnen mit dabei, zum Beispiel während der Flinta-Treffen im letzten Jahr. Und mehrmals hat sich bestätigt, dass die Unia keinen Kontakt zu den arbeitnehmenden Personen im TOBS pflegt.

Während also der Stiftungsrat offen ist für eine Zusammenarbeit mit der FAU, will die UNIA diese nicht als Sozialpartner akzeptieren. Kannst du mehr über die Rolle der UNIA im Betrieb erzählen?

Ich habe vor 2024 und meinem Beitritt in die Peko den Unia-Vertreter an der jährlichen Personalversammlung aus der Ferne gesehen (2023 war er nicht anwesend). Es gab schon auch Erlungenschaften, Ergänzungen des GAV. Eine meiner Kolleginnen hat es geschafft, mit Hilfe der Unia (sie war Mitglied) eine Vereinbarung für die Ankleiderinnen in den GAV zu bekommen. Da geht es um Nachtzuschläge, Unregelmässigkeitszuschläge und Spesen. Dank dieser Vereinbarung wird uns dies bei unseren Löhnen angerechnet. Ich war nicht bei der Unia. Aber natürlich wird der Solidaritätsbeitrag von meinem Lohn abgezogen, wie bei allen TOBS-Beschäftigten. Das sind maximal 38.– pro Monat, bei mir wird das mit 30% berechnet. Viele haben nicht richtig verstanden, dass mensch bei

der Unia Mitglied sein muss, um diesen Soli-Beitrag nicht zu bezahlen.

Ich spürte von Anfang an viel Unzufriedenheit unter den Mitarbeiter:innen gegenüber der Unia. Ein spürbarer Mangel, gehört zu werden. Das kam alles an der Personalversammlung im August 2023 hoch, als der UNIA-Vertreter abwesend war: die Leute fühlten sich von der Gewerkschaft alleine gelassen. Klar, die Kolleg:innen, die Mitglied in der UNIA waren/sind, haben sich wenig oder nicht engagiert, waren passiv. Und dann kamen ganz viele Fragen auf, was die UNIA überhaupt für uns mache – in einer Zeit von Teuerungen, unsicheren politischen Verhältnissen, Budget-Abstimmungen, Krieg in Europa und Rechtsrutsch.

Es gab keine Basisarbeit oder Unterstützung seitens UNIA innerhalb des TOBS. Ich meine, die Unia repräsentiert die Baubranche, das Industriegewerbe, die Uhrenindustrie etc. und sie ist die grösste Schweizer Gewerkschaft. Sie haben eine politische Agenda und Einfluss, was auch gut ist, aber ich habe mich da nie wirklich zugehörig gefühlt, auch vor meiner Anstellung im TOBS.

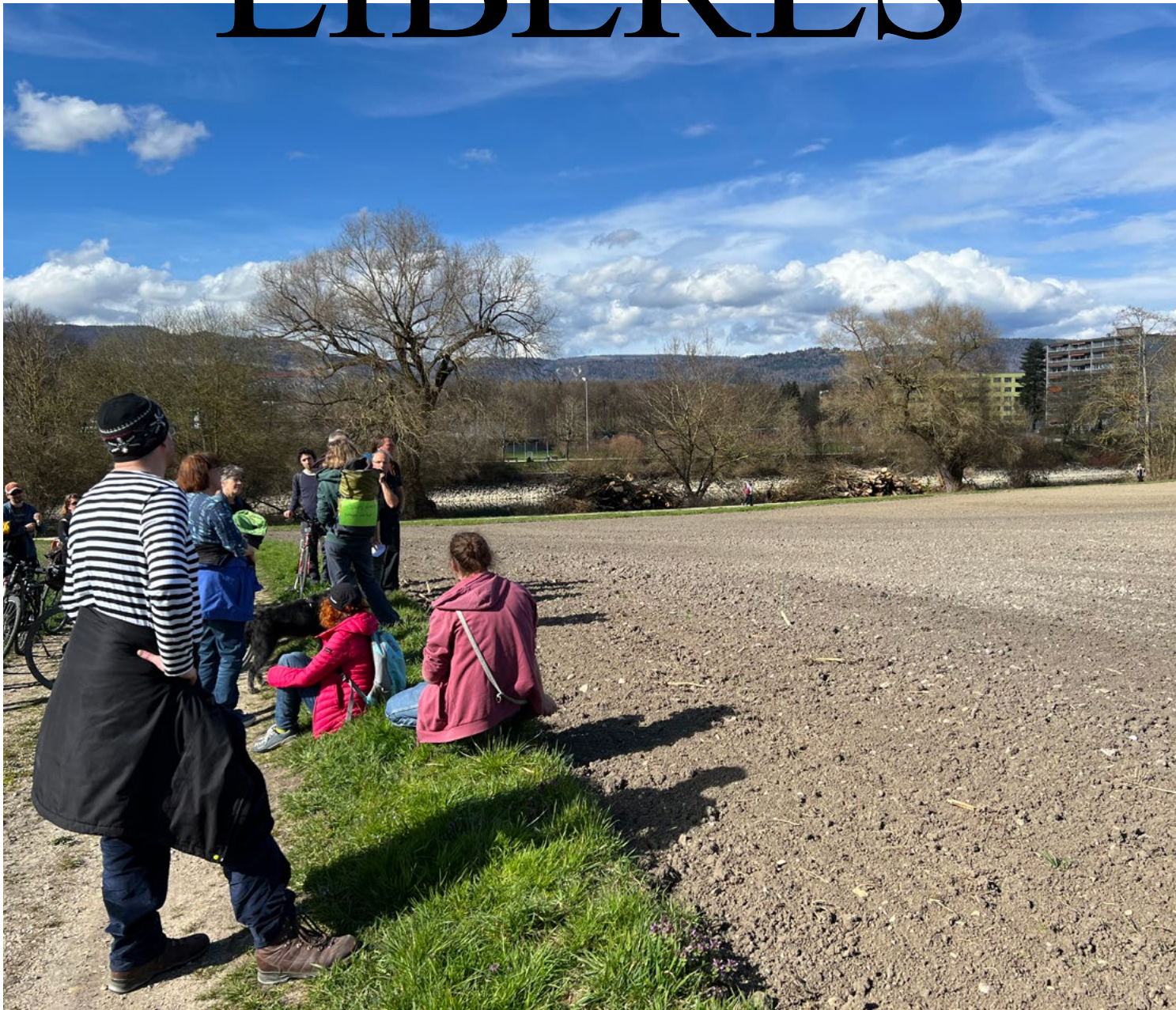
Mittlerweile seid ihr ja auch in Kontakt mit anderen Theatern in der Schweiz. Was ist geplant?

Wir wollen, dass die technische Belegschaft der verschiedenen Theater im Ideenaustausch ist, sich gegenseitig berät und unterstützt. Es soll auch beobachtet werden, wie die Pekos einbezogen sind und wie sich die Beziehung zwischen Personal und Gewerkschaft gestaltet. Es ist gut, wenn wir uns gegenseitig ermächtigen. Denn GAV's und Arbeitsrecht sind keine einfachen Angelegenheiten, je besser wir uns vernetzen, desto besser können wir Forderungen stellen. Momentan sind viele verschiedene Gewerkschaften in den einzelnen Kulturbetrieben aktiv, teilweise mit gegenläufigen politischen Positionen. Mittelfristig bin ich zuversichtlich, dass wir eine gesamtschweizerische Branchengewerkschaft des technischen Personals organisieren können. Die Motivation, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, ist bei vielen vorhanden.

Die FAU hat im Juni einen schriftlichen Antrag zur Unterzeichnung des GAVs an den Stiftungsrat des TOBS geschickt, in dem wir unsere Verhandlungsbereitschaft mitteilten und klarstellten, dass die Entscheidung alleinig bei der Direktion/dem Stiftungsrat liegt. Anfangs Oktober lehnte der Stiftungsrat des TOBS nun in ihrem Antwortschreiben eine Zusammenarbeit mit der FAU ab. Die FAU wird diese Antwort nicht so stehen lassen – alles Weitere folgt in Kürze! ■

* Das Akronym FLINTA* steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen

DES CHAMPS LIBÉRÉS



Sur les rives de l'Aar entre Aegerten et Port, à quelques minutes à vélo de Bienne et de Nidau, une nouvelle agriculture solidaire (Solawi / solidarische Landwirtschaft) est en train de voir le jour. Tex est un des initiateurs et travaille pour le Centre de coopération Solawi.

Texte et interview : FAU Biel/Bienne

Peux-tu présenter brièvement le projet « Spärs divers – potager partagé » ?

Tex : Sur deux hectares de champs dans le Spärs, nous produirons des légumes et des herbes aromatiques, et à l'avenir des fruits, des céréales et bien plus encore, de manière collective et auto-gérée. Les producteur·es et les consommateur·es coopèrent étroitement pour garantir un approvisionnement de qualité et diversifié. Rien n'est vendu. Au lieu de cela, nous partageons la récolte, le travail et les coûts. Nous prévoyons que chaque personne consacre 3 jours par an à l'exploitation : de manière solidaire, en fonction de ses besoins et de ses possibilités. Nous ferons en sorte que les terres soient diversifiées et que notre collectif le soit également. Ce sera bien amusant !

Tu es également membre de la FAU, tu as une longue expérience dans l'autogestion et tu t'engages dans le mouvement Solawi depuis 15 ans. Quelle est ta motivation ?

Ce qui me motive, c'est la mise en œuvre concrète de perspectives anarcho-syndicalistes. Le capitalisme, c'est un laisser-faire sans planification, dirigé par une « main invisible », et une maximisation du profit illimitée dans une concurrence libre, sous la menace de la perte de sa propre existence. Il ne peut y avoir d'incompétence plus grande : cours après ta vie et organise une guerre matérielle sans fin (chiffre d'affaires donc). Est-ce cela le bien-être ? S'approprier les moyens de production et les gérer ensemble, ou planifier de manière raisonnable les besoins collectifs et mettre les ressources en adéquation avec ces besoins, non par l'intermédiaire d'un organisme central, mais par la démocratie directe. C'est ce changement de système que je vois dans le mouvement Solawi.

Comment décrirais-tu l'organisation sociale au Spärs ?

Au Solawi, les consommateur·es participent aux décisions et au travail (assemblée générale, AG). Les spécialistes (SP) travaillent dans l'exploitation et un groupe de gestion (GE) élu par l'AG s'occupe de l'administration et de l'organisation. Il y a du « travail spécialisé », du « travail spécialisé simple » et du « travail simple » à faire, soit l'équivalent de 1800 jours par an. Les membres s'inscrivent en ligne pour le « travail simple ». Le « travail spécialisé simple » est effectué par des membres intéressé·es et engagé·es. Les SP et les GE effectuent environ 1200 jours de travail, ce qui laisse 600 jours pour les 200 « membres simples », soit 3 jours de travail par personne par an. Et voilà, 220 personnes sont réellement approvisionnées en légumes de manière écologique et sociale. Et sous un même toit, celui d'une coopérative, l'organisation classique d'entraide.

« [...] ici, dans nos cœurs, nous portons un nouveau monde. En ce moment même, ce monde grandit ». La citation de Buenaventura Durruti, en 1936, me semble très appropriée. Car il s'agit de construire des alternatives concrètes et des réseaux d'entraide mutuelle. As-tu d'autres idées ?

D'autres secteurs pourraient fonctionner selon le même modèle, par exemple la production textile. La « chaîne de valeur ajoutée » est plus longue, mais c'est tout à fait faisable. Ce qui est également intéressant dans ce concept, c'est qu'il n'y a pas besoin de croissance : une fois que les besoins sont couverts, on peut mettre un peu de côté, puis, réduire l'apport (matériaux et travail).

« Moins de travail » n'est alors plus une menace, mais ... la nouvelle prospérité ! En fonction de la façon dont nous définissons le travail, il ne disparaîtra jamais. La plupart du travail n'est pas rémunéré : dans le monde, seulement 10% du travail économiquement pertinent est rémunéré. Et il est douteux que tout le travail rémunéré soit économiquement pertinent. A l'échelle mondiale, le travail rémunéré est donc un phénomène marginal, et, en plus, en grande partie inutile. C'est pourquoi je préférerais de l'abolir.

Souhaitez-vous partager autre chose avec nous ?

Il est courant de penser que le Solawi est un panier de légumes. Ce n'est pas le cas. Les abonnements sont des ventes, des services monnayés, une demande et une offre. Au Solawi, la demande est remplacée par les besoins, l'offre par les produits et le prix par la contribution à l'exploitation. Du moins tant qu'il y a de l'argent. L'un des aspects intéressants de ce concept est qu'il fonctionne également dans un monde sans argent. En effet, l'argent ne coordonne pas vraiment les choses dans le Solawi, mais les personnes se coordonnent elles-mêmes et coordonnent leur exploitation, grâce à leur communication collective et leurs décisions collectives.

Et autre chose : les terres libérées ont besoin de travailleuse·s libérées ! Depuis quelques années, il existe la F.A.M.E., Formation Auto-gérée de Maraîchage Écologique. Les apprenties maraîchère·s évitent le lavage de cerveau des formations agricoles « reconnues » par l'agriculture industrielle et influencées par la pharma. Elles s'autoorganisent et gèrent leur formation de A à Z pour acquérir un savoir-faire vraiment utile. Elles apprennent donc non seulement à cultiver des légumes, mais aussi à changer de système ! Pour cela, il leur faut un bâtiment scolaire, d'intervenantes, d'exploitations pour la pratique, de matériel pédagogique, etc. – donc, dans le monde actuel – d'argent. Ceux qui peuvent et veulent les soutenir peuvent devenir membre (ou faire un don individuel) à Pro F.A.M.E. (famefame.ch).

N.B., le potager partagé ou plus généralement le Solawi ne sont pas des projets explicitement anarcho-syndicalistes. Mais comme je l'ai dit, à mes yeux, ils sont largement et fondamentalement anarcho-syndicalistes : collectivisation et autogestion collective des moyens de production, ainsi que mise en œuvre d'une alternative par l'action directe. ■

KLASSENKAMPF IM KLASSENZIMMER

1100 Unterschriften gegen die Absenzenverschärfung in Basel-Stadt.

Text: Noah und Jenny (FAJ Basel)

Es ist ein kalter Wintermorgen. In der Pause stehen wir mit einem kleinen Tisch vor dem Gymnasium Münster, schenken heissen Kaffee und Tee aus, verteilen Sticker und Flyer und sprechen mit Schüler:innen. Fast alle haben bereits von der geplanten Absenzenverschärfung gehört. Die meisten unterschreiben unsere Petition sofort.

Im Erziehungsdepartement in Basel-Stadt wird eine neue Absenzenregelung diskutiert. Dieser nach sollte die Anwesenheitspflicht an den Gymnasien in BS in den beiden Jahren vor der Maturität auf 80% gesetzt werden. Bisher war gesetzlich vorgegeben, dass die Schüler:innen den Unterricht regelmässig besuchen. An den einzelnen Gymnasien gibt es jeweils ein eigenes Abszenzensystem, das sich auf besagte Regelmässigkeit stützt. An einigen Schulen ist die 80%-Regel schon indirekt vorhanden, durch das interne Reglement. Diese vorgeschlagene Regelung bringt jedoch mit sich, dass Schulleitungen in Ausnahmesituationen nicht mehr gleich auf die Bedürfnisse der Schüler:innen eingehen können. Momentan ist es möglich, im Austausch mit der Schulleitung und durch ärztliche Zeugnisse vorübergehend eine individuelle Absenzenregelung zu vereinbaren. Dadurch können die Schulen in persönlichen Krisen eine Unterstützung und Entlastung bieten. Durch die Absenzenverschärfung würde dies erschwert werden.

Nachdem wir im Oktober 2024 erstmals von dieser Verschärfung durch die Medien erfuhren, luden wir zu einem ersten offenen Treffen ein. Durch den Austausch mit Schüler:innen und ehemaligen Schüler:innen wurde schnell klar: Viele Menschen leiden jetzt schon unter dem Abszenzensystem an ihrer Schule, eine weitere Verschärfung können wir nicht zulassen!

Deswegen setzten wir uns zusammen und entwickelten eine Strategie. Wir erarbeiteten eine Petition und setzten uns zum Ziel, 1000 Un-

terschriften zu sammeln. Durch die Petition hofften wir uns, mit vielen Schüler:innen ins Gespräch zu kommen, öffentlichen Druck zu erzeugen und Schüler:innen anzuregen, selber mitzuhelfen und aktiv zu werden. Wir nutzen unsere Kontakte und Beziehungen, um die Petition an möglichst vielen Gymnasien in Basel zu bringen. In der 10 Uhr Pause oder über den Mittag sprachen wir Schüler:innen an und erzählten ihnen von der geplanten Verschärfung. Wir stiessen auf viel positive Rückmeldung. Während die Vertreter:innen der Absenzenverschärfung meist mit Vorurteilen über Jugendliche argumentierten, die die Schule aus Faulheit schwänzen würden, hörten wir aus erster Hand, wie viele junge Menschen unter dem Schulsystem leiden. Zwischen Prüfungsstress, Anwesenheitspflicht und Leistungsdruck bleibt oft wenig Zeit für Erholung. Menschen, die mit psychischen Problemen zu kämpfen haben oder sich in einer schwierigen familiären Situation befinden, leiden schon jetzt unter dem Abszenzensystem.

Unsere Kampagne beschränkte sich nicht nur auf die Petition. Durch Social Media Arbeit und zwei Medienmitteilungen, welche dazu führten, dass insgesamt fünf Zeitungsartikel erschienen, konnten wir das Thema in die Öffentlichkeit tragen und den Druck erhöhen. Durch regelmässige Treffen und Veranstaltungen versuchten wir, Schüler:innen zu mobilisieren. Schüler:innen für eine Sitzung zu mobilisieren, gestaltete sich aber, wie zu erwarten, als schwieriger. Bessere Erfahrungen machten wir damit, direkt an (unseren) Schulen mit Schüler:innen ins Gespräch zu kommen. An kalten Wintertagen schenkten wir in der Pause kostenlosen Kaffee und Tee aus, verteilten Sticker und Flyer und sprachen Schüler:innen auf die Petition an. Durch diese und das ausdauerliche Sammeln konnten wir unser Anliegen sehr gut verbreiten und wurden immer häufiger erkannt

und auch direkt darauf angesprochen. Sticker, ein Info-WhatsApp-Chat und das Sammeln von Unterschriften ermöglichten es, ohne grosse Hürden sich aktiv einzubringen und niederschwellig mitzumachen. Die Kampagne begann, immer mehr Fahrt aufzunehmen.

Nachdem wir unser Ziel von 1000 Unterschriften übertroffen hatten, übergaben wir am 7. Mai die gesammelten Unterschriften der Staatssekretärin von Basel-Stadt. Nun erwarten wir eine Stellungnahme des Erziehungsdepartements.

Dieser Kampf hat uns gezeigt, dass es sich lohnt. Es lohnt sich, in diese Arbeit zu investieren und offene Treffen zu organisieren, auch wenn erst einmal nur eine Handvoll Menschen erscheint. Tag für Tag Schüler:innen anzusprechen, um ihnen unser Anliegen nahezubringen. Denn dadurch sind wir viele und unsere Stimmen lauter geworden. Die vielen Gespräche mit Betroffenen haben gezeigt, dass es Bedarf hat, an der Situation der Schüler:innen etwas zu ändern. Und dies werden wir weiterhin tun! ■